

## **Ansprache von Wolfgang Neumann für das Kiezbündnis auf der Demonstration am 6.06.2020**

Anlass für die heutige Demonstration ist die zurzeit in Auftrag des Berliner Senats durchgeführte Planung zum Umbau des Autobahndreiecks Funkturm.

In einem ersten Schritt wurde, nach erfolgreichen Protesten der Bevölkerung, die ursprüngliche Planung zum Autobahnanschluss Messedamm durch die Planungsgesellschaft DEGES verändert. Das wird vom Kiezbündnis Klausenerplatz ausdrücklich begrüßt. Die Zunahme der Belastungen für die dortigen Anwohnerinnen und Anwohner kann dadurch verringert werden.

Nun muss aber der zweite Schritt folgen. Auch die Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner rund um die jetzige Anschlussstelle „Kaiserdamm“ darf nicht weiter zunehmen, sondern sollte verringert werden.

Deshalb fordern wir vom Senat und dem als oberste Behörde zuständigen Bundesverkehrsministerium die weitere Planung für den Umbau des Autobahndreiecks Funkturm auf Grundlage einer Geschwindigkeit von 60 Km/h vorzunehmen. Es ist hier zu berücksichtigen, dass zwei viel befahrene Autobahnen nicht auf der grünen Wiese zusammentreffen, sondern in der Stadt.

Planungstempo 60 erleichtert die Umsetzung unserer zweiten Forderung: Nicht – wie gegenwärtig vorgesehen – alle Ein- und Ausfahrten am Autobahndreieck schließen, sondern diejenigen offenhalten, die besonders zur Verteilung des Verkehrs und dessen Lenkung auf Straßen mit keinen bzw. weniger AnwohnerInnen, bspw. Masurenallee, geeignet sind.

Die für den gegenwärtigen Planungsstand prognostizierte Erhöhung der Verkehrsmengen, insbesondere die mehr als Verdoppelung für LKW in der Knobelsdorffstraße, könnte damit verringert werden.

Bereits die jetzigen Belastungen in der Sophie-Charlotten-Straße sind nicht hinnehmbar. Bei Rückstauungen suchen sich die Fahrzeuge ihren Weg Richtung Osten durch die verkehrsberuhigte Zone in der Knobelsdorffstraße bzw. durch den Horstweg. Das darf nicht weiter der Fall sein.

Bei der Umbauplanung müssen drei weitere Aspekte berücksichtigt werden:

- Eine sinnvolle Anbindung des Zentralen Omnibusbahnhofs, um Busfahrten durch Wohngebiete zu vermeiden.

- Die Umbauplanung darf die Deckelung der A 100, für die zurzeit eine Machbarkeitsstudie durchgeführt wird, nicht vereiteln. Ein solcher Deckel würde die Lärm- und Schadstoffwerte für die Anlieger der Stadtautobahn deutlich verringern und ist deshalb dringend erforderlich. Es würden neue innerstädtische Flächen für Grün, soziale Infrastruktureinrichtungen und möglicherweise Wohnungsbau geschaffen. Bisher getrennte Stadtteile Charlottenburgs können zusammen wachsen. Wir brauchen die Entscheidung für den Deckel jetzt.
- Eine Verlegung der Anschlussstelle „Kaiserdamm“ von der Knobelsdorffstraße zum Kaiserdamm muss möglich bleiben. Dieser speziell vom Kiezbündnis Klausenerplatz gemachte Vorschlag ist hier heute kein Hauptthema und wird deshalb auch nicht weiter vertieft. Er darf aber nicht durch die Hintertür verhindert werden, bevor darüber ausführlich diskutiert worden ist.

Außer Autobahndreieck Funkturm werden in naher Zukunft auch die Westend- und die Rudolf-Wissel-Brücke sowie das Autobahndreieck Charlottenburg am Jakob-Kaiser-Platz neu gebaut. Es ist aus unserer Sicht verkehrs- und stadtplanerisch nicht nachvollziehbar, dass dies alles in einzelnen Planungsschritten und auch in verschiedenen Planfeststellungsverfahren abgehandelt werden soll.

Für die A100 von Halensee bis Jakob-Kaiser-Platz und die umgebenden Gebiete ist eine verkehrs- und stadtplanerische Gesamtbetrachtung, ein Masterplan erforderlich.

Alle von uns geforderten Maßnahmen würden für eine Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie eine Verringerung von Lärm- und Schadstoff-belastung in der näheren und weiteren Umgebung rechts und links der A 100 sorgen.

In diesem Sinne zu wirken, ist nach unserer Auffassung die Pflicht von Politik und Senat zum Wohle der Stadt Berlin. Der Einfluss auf die DEGES-Planungen muss jetzt unmittelbar erfolgen, wo sich die Neuplanung im Anfangsstadium befindet. Wer erst nach der Sommerpause handelt, kommt möglicherweise zu spät.

Mit einer ganzheitlichen Betrachtung der A100 zwischen Halensee und Jakob-Kaiser-Platz besteht die Möglichkeit, die für die Bevölkerung unhaltbaren Auswirkungen durch die Stadtautobahnplanung in den 1950er Jahren deutlich zu verringern und eine zukunftsweisende Neuplanung zu realisieren.

Auf Grundlage eines Masterplans fordern wir Senat und Bundesverkehrsministerium auf, sich unter intensiver Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an einen Tisch zu setzen. Die einmalige Chance darf nicht vertan werden.

Wir streiten für eine Autobahnplanungsvariante für die Stadt. Für eine stadtverträgliche A 100.